

Zeitgleich wurde auch ein Joint-Venture-Vertrag zwischen der China National Petroleum Corporation und der Uzbekistan National Oil and Gas Corp. unterzeichnet, der mit einem Volumen von 600 Mio. US\$ ein Licht auf die eigentlichen Interessen der Volksrepublik China fallen lässt. (WSJ, 24.5., 25.5.05; IHT, 25.5., 27.5.05; FT, 26.5.05; Uzbek Television second channel, 25.5.05, nach BBC PF, 26.5.05; XNA, 25.5.05; *Die Zeit* online, 4.6.05; *The Economist*, 4.6.05) -kg-

10 Neuer Dialogmechanismus zwischen China und den USA

Anfang April wurde bekannt, US-Präsident Bush habe grünes Licht für regelmäßige Konsultationen zwischen China und den Vereinigten Staaten auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister gegeben. Dieser regelmäßige Konsultationsmechanismus, der von der VR China lange gewünscht worden war, kommt dem chinesischen Selbstverständnis als gleichberechtigter Partner entgegen.

Offiziell hatte Präsident Hu Jintao im November vergangenen Jahres am Rande des Asia-Pacific Cooperation Summit die Eröffnung eines strategischen Dialogs vorgeschlagen. Dazu wird es jedoch auch jetzt vorerst nicht kommen. Vielmehr wurde der zukünftige bilaterale Konsultationsmechanismus von amerikanischer Seite als globaler Dialog bezeichnet. Hinter dieser abweichenden Sprachregelung verbirgt sich ein fein abgestuftes System zur Bewertung bilateraler Beziehungen. Der Terminus strategischer Dialog ist auf amerikanischer Seite für die regelmäßigen Konsultationen mit engen Partnern und Verbündeten wie Japan oder die EU reserviert. Dennoch ist auch mit dem jetzt bekannt gegebenen Dialogforum eine Aufwertung der bilateralen Beziehungen verbunden, die während der ersten Amtszeit Bushs kaum möglich erschienen war.

Obwohl bislang lediglich bekannt wurde, dass Themen von strategi-

scher Bedeutung behandelt werden sollen, wurde die Nachricht vereinzelt bereits als Durchbruch gewertet. Zu erwarten ist, dass die chinesische Seite, die im Vorfeld bereits zum wiederholten Male größere Transparenz in militärischen Angelegenheiten versprach, insbesondere die Taiwan-Frage und die diesbezügliche amerikanische Position erörtern möchte. Von den USA wird hingegen erwartet, dass sie das neue Forum nutzen wollen, um China zu einem Umdenken in seiner Politik gegenüber Staaten wie Myanmar, dem Sudan, Iran oder Nepal zu bewegen.

Ob also angesichts derartiger unterschiedlicher Agenden aus dem Dialogmechanismus mehr werden kann als ein Beitrag zum chinesischen Prestige als *global player*, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher fraglich. Schließlich existiert – mit Unterbrechungen – bereits seit 1997 ein ähnlicher Mechanismus für Konsultationen im militärischen Bereich. Zwar fand Ende April in Washington die siebte Runde derartiger bilateraler Gespräche auf hoher diplomatischer Ebene statt, doch wird von amerikanischer Seite nach wie vor mangelnde Transparenz und Offenheit auf Seiten der chinesischen Dialogpartner beklagt. Während die chinesische Delegation dem Vernehmen nach lediglich das öffentlich zugängliche Militär-Weißbuch vorstellte, erläuterte die amerikanische Seite ihre Pläne für die Veränderungen in ihrer weltweiten Truppenstationierungen – ein Thema, das zumindest im Hinblick auf den asiatisch-pazifischen Raum von unmittelbarem Interesse ist. (FAZ, 9.4.05; SCMP, 9.4., 10.4.05; XNA, 30.4.05; Xinhua, 30.4.05, nach BBC PF, 1.5.05) -kg-

11 Ende der UN-Lebensmittelhilfen an China

Am 7. April erreichte die letzte Lieferung aus dem World Food Programme der Vereinten Nationen China. Die mehr als 43.000 t kanadischen Weizens im Wert von ca. 7,2 Mio. US\$ sollen im Rahmen nationaler Armutsbekämpfungsprogramme in Gansu, Shanxi, Guangxi und

Ningxia verteilt werden. Bereits im Februar 2002 waren China und die Leitung des World Food Programme zu einer grundsätzlichen Einigung über die schrittweise Einstellung der Lebensmittelhilfen an die VR China gelangt. Erst im letzten Dezember allerdings wurde beschlossen, die Lieferungen bis spätestens zum Ende des Jahres 2005 auslaufen zu lassen.

China bezog seit 1979 insgesamt Lebensmittelhilfen im Gesamtwert von mehr als einer Mrd. US\$, um damit 30 Mio. Menschen in Armutregionen zu unterstützen. Erst kürzlich kam eine UN-Studie zu dem Ergebnis, dass große Staaten mit mittleren Nationaleinkommen wie Brasilien, Malaysia, Mexiko, Südafrika und nicht zuletzt auch China durchaus selbst in der Lage seien Regionen extremer Armut im eigenen Land hinreichende Hilfe angedeihen zu lassen.

Im Hinblick auf die Einstellungen der Lebensmittelhilfen an China erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums, in seinem Land lebten zwar nach wie vor etwa 29 Mio. Menschen in Armut, angesichts der weltweit 850 Mio. Betroffenen werde die VR China nunmehr jedoch ihrerseits mit Geldspenden zur Finanzierung des World Food Programme beitragen. Damit solle man jedoch nicht sofort rechnen, und die finanziellen Beiträge Chinas werden sich an den Möglichkeiten des Landes orientieren. (SCMP, 1.4.05; XNA, 7.4.05) -kg-

Innenpolitik

Heike Holbig / Katrin Willmann

12 Neue Führungsgruppe für Energie unter der Leitung Wen Jiabaos

Unter der Leitung von Ministerpräsident Wen Jiabao ist Anfang Juni eine hochrangig besetzte Führungsgruppe des Staatsrats für Energiefragen gebildet worden. Neben Wen

Jiabao wurden die stellvertretenden Ministerpräsidenten Huang Ju und Zeng Peiyan sowie mehrere weitere Politiker mit Ministerrang, unter anderem Ma Kai, Leiter der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform und zugleich einer mit Energiefragen befassten Sektion dieser Kommission, als Mitglieder der Führungsgruppe benannt. Bekannt wurden außerdem Pläne, unter der Leitung von Ma Kai eine eigene Energiebehörde einzurichten, die im Unterschied zu der neuen Führungsgruppe, die in erster Linie Kompetenzen im Bereich der Politikformulierung beansprucht, ausführende Kompetenzen zukommen sollen.

Aufgabe der neuen Führungsgruppe wird es sein, eine längerfristige energiepolitische Strategie für China zu formulieren und die energiepolitisch relevanten Zuständigkeiten verschiedener Staatsratsressorts zu koordinieren. Fragen der Energieproduktion und -nutzung spielen dabei ebenso eine Rolle wie Probleme der Energiesicherheit und der internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich.

Seitdem im Jahr 1993 im Zuge der damaligen Strukturreformen das frühere Energieministerium aufgelöst worden war, verteilten sich die energiepolitischen Zuständigkeiten, die formal unter der damaligen Staatlichen Planungskommission zusammengefasst waren, zunehmend diffus über die verschiedenen Ressorts. Angesichts der gravierenden Probleme im Energiesektor erscheint eine effektivere Koordination der Energiepolitik auf nationaler Ebene offenbar unumgänglich. Die hochrangige Besetzung des Gremiums weist auf die große strategische Bedeutung hin, die dem Thema Energie zugewiesen wird.

Die eklatante Unterversorgung mit Energie, die im vergangenen Sommer mit einer Lücke von 30 Mio. Kilowatt einen Höhepunkt erreicht hatte (vgl. C.a., 2004/6, Ü 25, 2004/7, Ü 24), dürfte nach vorläufigen Schätzungen chinesischer Experten in diesem Sommer mit einer Unterversorgung in Höhe von rund 32 Mio. Kilowatt noch übertroffen

werden. Wie im Vorjahr könnten so viele Industriebetriebe gezwungen werden, ihre Produktion vorübergehend einzuschränken. Zwar laufen seit 2003 verstärkte Anstrengungen, die Energiekapazitäten auszubauen, doch ist im laufenden Jahr noch mit keiner spürbaren Entspannung der Situation zu rechnen. Über dieses ökonomische Problem hinaus spielt der Knappheitsfaktor Energie aber auch in Fragen des verschärften internationalen Wettbewerbs um Energieressourcen und damit in Fragen der nationalen Sicherheit eine zunehmend wichtige Rolle. -hol-

13 Gesetz für öffentliche Bedienstete verabschiedet

Am 27. April verabschiedete der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses ein „Gesetz für öffentliche Bedienstete der VR China“ (*Zhonghua renmin gongheguo gongwuyuan fa*), das die Rechte und Pflichten, Einstellungsbedingungen, Qualifikationskriterien, Besoldungs-, Prämien- und Sozialversicherungsrichtlinien, Kündigungs- und Pensionsfragen sowie Kontrollmaßnahmen regelt. Der aus 107 Artikeln bestehende Gesetzestext wurde am 28. April in den staatlichen Medien im vollen Wortlaut bekannt gemacht.

Als innovative Elemente des neuen Gesetzes, das zum 1.1.2006 in Kraft treten wird, wurden in der staatlichen Presse unter anderem Regelungen herausgestellt, wonach auch Justizbeamte (denen in der Vergangenheit besonders häufig Amtsmissbrauch und Bestechlichkeit nachgesagt wurden) explizit den Staatsbediensteten zugeordnet würden und damit denselben Pflichten unterlägen. Betont wurde außerdem, dass Anwärter für den öffentlichen Dienst sich durch einen verbindlichen Prüfungsnachweis einheitlichen Qualifikationskriterien zu unterziehen hätten. Strikt untersagt sei es öffentlichen Bediensteten in Zukunft, das „nationale Image“ zu beschädigen (etwa durch die Teilnahme an Demonstrationen gegen die Staatsgewalt oder

anderen illegalen Aktivitäten) oder der Politik der Zentralregierung zu widerzuhandeln. Als Mittel zur Vorbeugung von Nepotismus und Korruption soll ferner die Übernahme von politisch verantwortlichen Ämtern durch Ehegatten und Verwandte im selben Ressort bzw. Verwaltungsbezirk untersagt werden. Im Fall eines Ausscheidens aus dem öffentlichen Dienst soll es den Betroffenen außerdem für einen Zeitraum von drei Jahren verboten sein, Aktivitäten in ihrem vormaligen Zuständigkeitsbereich aufzunehmen.

Allerdings fehlen in dem Gesetz Bestimmungen für eine verbindliche Pflicht zur Offenlegung der Einkommen und sonstiger Vermögenswerte von Staatsbediensteten, wie sie im Gesetzentwurf enthalten gewesen und über mehr als fünf Jahre kontrovers diskutiert worden waren. In einer solchen Offenlegungspflicht hatten sich chinesische Rechtsexperten und Verwaltungswissenschaftler ein schlagkräftiges Instrument im Kampf gegen die weit verbreitete Korruption erhofft. Laut einer entsprechenden Passage im Gesetzesentwurf sollten Angehörigen des öffentlichen Dienstes verpflichtet werden, neben ihren monatlichen Einkommen auch Vermögenswerte wie Immobilien, Fahrzeuge etc. anzugeben, die sich in ihrem bzw. im Besitz von Familienmitgliedern befinden. Diese Informationen sollten im Internet, der Tagespresse oder anderen Massenmedien veröffentlicht werden, um einen Zugang der Allgemeinheit zu gewährleisten.

Dass das Gesetz nun ohne die betreffende Passage verabschiedet wurde, erklärten chinesische Kommentatoren zum einen mit Bedenken bezüglich des Schutzes der Privatsphäre von Staatsbediensteten, der durch eine solche Offenlegungspflicht gefährdet würde, zum anderen aber auch mit den mangelnden Möglichkeiten des Gesetzgebers, eine adäquate Durchsetzung einer solchen Regelung zu gewährleisten; die Funktionsfähigkeit dieses Instruments stünde damit grundsätzlich in Frage. Kompliziert wird die Frage zusätzlich durch den Umstand, dass eine objektive Bewer-

tung von Vermögengstiteln aufgrund der vielfältigen Änderungen im Bereich der Eigentumsrechte, wie sie Teil des seit 1978 andauernden wirtschaftlichen Transformationsprozesses sind, teilweise sehr schwierig ist. (*Fazhi Ribao*, 26., 28.4.05; SCMP, 27., 28., 29.4.05) -hol-

14 Pläne zur neuen Entwicklungsstrategie für Zentralchina

Nach der Implementierung der Entwicklungsstrategien für West- und Nordostchina in den Jahren 1999 und 2003 zeichnet sich nun ein neuer Fokus auf die Provinzen Zentralchinas ab (vgl. C.a., 1999/11, Ü 11; 2003/8, Ü 24). Die Parteizeitung *Renmin Ribao* veröffentlichte am 31. März einen Leitartikel, in dem der Aufstieg Zentralchinas basierend auf einer wissenschaftlichen Entwicklungsstrategie thematisiert wurde. Die Nachrichtenagentur Xinhua ergänzte den Artikel mit einem Kommentar.

Zwar war das Ziel einer ausgewogenen Regionalentwicklung, bei der sich die Regionalwirtschaften Ost-, Zentral- und Westchinas gegenseitig ergänzen und unterstützen sollen, bereits im Bericht der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform auf der Tagung des Nationalen Volkskongresses im März 2004 benannt worden (vgl. C.a., 2004/3, Ü 25); in den jüngst veröffentlichten Dokumenten der staatlichen Medien wird die Bedeutung der sechs zentralchinesischen Provinzen Shanxi, Henan, Anhui, Hubei, Hunan und Jiangxi für die ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung in der VR China jedoch explizit hervorgehoben.

Der Artikel in der *Renmin Ribao* stellte zunächst die besonderen Eigenschaften der sechs Provinzen Zentralchinas heraus. Demnach fungiere Zentralchina als die Kornkammer der Republik, gelte als Wiege der modernen Industrie, verfüge über eine große Viehwirtschaft, eine Vielzahl von Energieressourcen und Bodenschätzen sowie zahlreiche hochqualifiziertes Fach-

personal. Als Bindeglied zwischen den hochentwickelten Küstenregionen Ostchinas und den erstarken Westprovinzen, aber auch zwischen Nord- und Südchina komme den zentralchinesischen Provinzen eine besondere Funktion zu, die es nicht nur wahrzunehmen, sondern zu stärken gelte. So fungiere Zentralchina als wichtigste Drehscheibe für den Transport und für Wissenschafts- und Bildungsressourcen. Schwachstellen in der wirtschaftlichen Entwicklung der Zentralprovinzen identifizierte dann Xinhua in einem dazu gehörigen Kommentar. Dieser verwies auf die mangelhafte Koordination der Wirtschaftsstruktur sowie die „drei ländlichen Probleme“ (*san nong wenti*: Landwirtschaft, ländliche Gebiete und Bauern). Gleichzeitig warnte er vor einer zu schnellen wirtschaftlichen Entwicklung Zentralchinas.

Die tatsächliche Ankündigung einer Entwicklungsstrategie für die zentralchinesischen Provinzen erfolgte erst Ende April. Anlässlich eines Forums zur Förderung der Entwicklung Zentralchinas in Zhengzhou (Provinz Henan) wurde bekannt, dass im Jahr 2005 erste konkrete Pläne für die neue Strategie zum Ausgleich der regionalen Entwicklung erarbeitet werden. Thinktanks wie die Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) und das Entwicklungsforschungszentrum des Staatsrats würden zusammen mit der Zentralregierung und den Provinzregierungen der Region bereits seit einem Jahr an einer Entwicklungsstrategie für Zentralchina feilen. Als Vorbilder dienten die Entwicklungsstrategie Westchina und das Programm zur industriellen Wiederbelebung Nordostchinas. Diese Vorbilder sollen zugleich dazu beitragen, bereits gemachte Fehler nicht zu wiederholen.

Im Einklang mit der mehrfachen Betonung einer ausgleichenden Regionalpolitik für ganz China von Seiten der parteistaatlichen Führung begleiteten die Berichterstattung zur neuen Entwicklungsstrategie Zentralchinas Artikel, die die bisherigen Erfolge und das Festhalten an den Programmen für West- und

Nordchina beinhalteten. Dies dürfte dazu gedient haben, den betroffenen Provinzen die Angst vor einer Abkehr des dringend benötigten staatlich geleiteten Interesses inklusive Investitionen zu nehmen. Gleichzeitig wurde die von der parteistaatlichen Führung unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao immer wieder propagierte Politik eines Ausgleichs regionaler Disparitäten weiter mit Inhalt gefüllt. Wie die neue Strategie konkret inhaltlich umgesetzt wird, bleibt indes abzuwarten. (RMRB, 31.3.05; ST, 2.4.05; Xinhua, 17., 19., 30., 31.3.05, nach BBC PF, 18., 20., 31.3., 7.4.05; XNA, 29.4.05; RMRB website, 11.4.05, nach BBC PF, 14.4.05) -kw-

15 KPCh meldet 69,6 Millionen Mitglieder

Nach offiziellen Angaben betrug die Zahl der KPCh-Mitglieder Ende 2004 69,6 Millionen (rund 5,4% der Gesamtbevölkerung). Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Nettozuwachs von 1,37 Millionen, der damit im Wachstumstrend der vergangenen Jahre von rund 2 Prozentpunkten lag.

Im Vergleich zu den Vorjahren signifikant gestiegen ist der Anteil weiblicher Mitglieder (Mitte 2002: 17,5%; Ende 2004: 18,6%); ein geringfügiger Zuwachs wurde bei Angehörigen ethnischer Minderheiten verzeichnet (Mitte 2002: 6,2%; Ende 2004: 6,3%). Deutlich gestiegen ist außerdem die Zahl der Mitglieder mit einem höheren Schulabschluss (Mitte 2002: 52%; Ende 2004: 56,6%) sowie derjenigen mit einem Hochschulabschluss (Mitte 2002: 23,2%; Ende 2004: 27,3%) (Vergleichsdaten aus C.a., 2002/8, Ü 13). Keine Angaben wurden zur Altersstruktur der KPCh-Mitglieder gemacht.

Wie die bisher nicht veröffentlichte Zahl von Neueintritten in Höhe von 2,42 Millionen (davon nur 894 Privatunternehmer) während des Jahres 2004 verrät, hatte die KPCh im selben Jahr mithin einen Mitgliederabgang von 1,05 Millionen Personen zu verzeichnen. Unklar ist, zu wel-

chen Anteilen dieser Schwund auf das Ableben, den freiwilligen Austritt bzw. den Ausschluss von Mitgliedern aufgrund von Verstößen gegen die Parteidisziplin zurückzuführen ist. Bekannt ist allerdings, dass es seit der Verkündung der Aufnahme von Privatunternehmern in die KPCh zu Massenaustritten von Parteimitgliedern gekommen war (C.a., 2002/7, Ü 13).

Ein weiterer Mitgliederschwund dürfte im Zuge der im Januar 2005 eingeleiteten ideologischen Kampagne zur „Bewahrung der Fortschrittlichkeit der Parteimitglieder“ zu erwarten sein. In deren Rahmen ist von Seiten der KPCh-Führung durchaus intendiert, die Spreu vom Weizen zu trennen und nicht loyale Mitglieder ebenso wie „Karteileichen“ aus den Mitgliederregistern zu entfernen (C.a., 1/2005, Dok 11).

Um angesichts dieser „Säuberung“ in den eigenen Reihen zugleich einen Nettorückgang der KPCh-Mitgliedschaft im laufenden Jahr zu vermeiden, wurden im Gegenzug vorsorglich Anstrengungen intensiviert, gerade auch unter jüngeren Menschen neue Parteimitglieder zu werben. Im Jahr 2004 seien insgesamt 17,38 Millionen Anträge auf Parteimitgliedschaft und damit 8,5% mehr als im Vorjahr gestellt worden. (XNA, 23.5.05) -hol-

16 Neues Weißbuch zur Menschenrechtssituation

Das Informationsbüro des Staatsrats der Volksrepublik hat am 13. April ein neues Weißbuch zur Menschenrechtssituation vorgelegt. Dabei handelt es sich um das achte Weißbuch zu dieser Thematik seit 1991, das wie seine Vorgänger vorrangig das Ziel verfolgt, das „Verständnis der internationalen Gemeinschaft für die Menschenrechtssituation in China zu verbessern“ (C.a., 1999/9, Ü 12, 2/2005, Dok 12).

Im Vergleich zu früheren Weißbüchern dieser Art, die zur Rechtfertigung der heutigen Situation jeweils einen historischen „Rundumschlag“ über die gesamte Periode

der Volksrepublik vollführten, bietet sich das jüngste Weißbuch mit dem Titel *China's Progress in Human Rights in 2004* als Update neuester Entwicklungen auf dem Gebiet der Menschenrechte während des zurückliegenden Jahres dar. Wie ein kommentierendes Interview mit Dong Yunhu, dem „Papst“ des offiziellen chinesischen Menschenrechtsdiskurses, verdeutlicht, trägt dieses neue Format der Tatsache Rechnung, dass der Schutz der Menschenrechte im März 2004 explizit Eingang in die Verfassung gefunden hat (s. C.a., 2004/3, S. 259-274) und damit zu einem „Hauptziel des nationalen Aufbaus“ aufgestiegen ist. Wie ein Experte der Chinesischen Forschungsgesellschaft für Menschenrechte zudem darlegte, wurden bei der Erstellung des diesjährigen Weißbuchs statt wie früher rund zwanzig in diesem Jahr über vierzig Ministerien und andere Staatsratsorgane in die Kompilation relevanter Materialien und Daten einbezogen – der Publikationsprozess selbst reflektiere somit die große Bedeutung, die die chinesische Regierung dem Thema der Menschenrechte zumesse.

Inhaltlich folgt das jüngste Weißbuch in weiten Teilen der bewährten Strategie, mit autochthonen, auf die spezifischen nationalen Gegebenheiten zugeschnittenen Menschenrechtsstandards aufzuwarten und deren Erfüllung mit umfangreichen statistischen Zahlen zu belegen. Mit einem geradezu barocken Zahlenwerk ausgestattet erscheinen so insbesondere die Kapitel zu den „Rechten auf Subsistenz und Entwicklung“, zu „wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten“ sowie die Ausführungen zu den Rechten und Interessen von Frauen, Kindern, Behinderten und anderen sozial schwachen Gruppen. Den jüngsten Prioritäten zentralstaatlicher Politik entsprechend durchziehen ferner die Rechte von Bauern und Wanderarbeitern das gesamte Weißbuch.

Einer in erster Linie verbrämten Argumentationsstruktur folgt das Kapitel zu „zivilen und politischen Rechten“. Während die „de-

mokratischen“ Rechte der Bürger im Hinblick auf ihre Partizipationsmöglichkeiten in Volkskongressen und Politischen Konsultativkonferenzen, durch die Eingabe von Petitionen und die Teilnahme an Dorfwahlen in relativ großer Breite dargestellt werden, wird im Hinblick auf die besonders prekären Aspekte der Informations-, Rede- und Pressefreiheit schlicht konstatiert, dass diese durch das Gesetz geschützt würden. Darüber hinaus erfolgt einzig der Verweis auf das System staatlicher Pressesprecher, das inzwischen in allen Staatsratsorganen und den meisten Provinzregierungen implementiert sei, um die Transparenz der Regierungsarbeit zu erhöhen. Offenbar liegt dieser Darstellung die Überzeugung zugrunde, dass die drei genannten Freiheiten als hinreichend gewährleistet gelten könnten, wenn allerorten offizielle Vertreter – gewissermaßen im Namen und im Interesse der Massen – Gebrauch von diesen Rechten machten. In ähnlicher „patrimonialer“ Tenor werden die ebenfalls sensiblen Themen der Rechte auf gewerkschaftliche Vertretung und religiöse Betätigung abgehandelt; hier beschränkt man sich auf den Verweis auf jüngste Regularien und staatlich kontrollierte Organisationsstrukturen, um zu belegen, dass diese Rechte vollständig gewährleistet sind.

Als einziges weist das Kapitel zum Justizwesen Ansätze einer substanziellen Dialogbereitschaft auf. Von internationalen Menschenrechtsorganisationen beklagte Probleme im Justizsystem wie willkürliche Verhaftungen, Erpressung von Geständnissen und Beweismaterialien, Folter und Missbrauch von Häftlingen werden eingestanden und Maßnahmen zu ihrer Behebung formuliert (wenn die Effektivität der meisten dieser Maßnahmen aufgrund ihres Kampagnencharakters, mit dem wiederholt an das individuelle Wohlergehen von Justizbeamten appelliert wird, zum Teil auch bezweifelt werden muss). Relativ ausführliche Darstellungen finden sich zu den Rechten und Interessen von Häftlingen, insbesondere zur Lösung des Problems überlanger Haftzeiten vor

Prozessaufnahme. Die Ausführungen zu diesen Aspekten erwecken am ehesten den Eindruck einer konkreten Kooperation mit internationalen Partnern. Keinerlei Erwähnung finden allerdings die von westlicher Seite am häufigsten kritisierten Themen einer exzessiven Anwendung der Todesstrafe sowie der Administrativhaft bzw. der Umerziehung in Arbeitslagern. Dies verwundert insofern, als gerade zu diesen beiden Themen unter chinesischen Rechtsexperten seit mehreren Jahren intensive Diskussionen geführt werden, die inzwischen teilweise bereits auch Eingang in offizielle Pläne zur Reform des Justizsystems gefunden haben (vgl. C.a., 2/2005, Dok 16).

Ein weiteres Kapitel zu den Rechten ethnischer Minderheiten wiederholt in weiten Teilen Argumente und Fakten, die zuletzt im Februar d.J. in Gestalt eines eigenen Weißbuchs zur regionalen Autonomie ethnischer Minderheiten vorgestellt worden sind (C.a., 2/2005, Dok 12). Wie in dem oben erwähnten kommentierenden Interview mit Dong Yunhu klargestellt wurde, soll damit auch die jüngste Kritik an der religiösen Unterdrückung der uighurischen Minderheit in der westchinesischen Autonomen Region Xinjiang ausgeräumt werden, wie sie zuletzt von der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch vorgetragen wurde (s. dazu die Dok unten).

Als Ausdruck der internationalen Dialog- und Kooperationsbereitschaft bietet das letzte Kapitel schließlich einen Überblick über konkrete Maßnahmen multi- und bilateraler Zusammenarbeit mit ausländischen Organisationen, allen voran den zahlreichen Gremien der Vereinten Nationen, mit der Europäischen Union und mit Regierungen weltweit. Die Darstellung beläuft sich allerdings weitgehend auf formale Aspekte der Unterzeichnung bzw. Ratifizierung internationaler Konventionen (unter anderem werde die Ratifizierung der UN-Konvention zu zivilen und politischen Rechten „aktiv erwogen“) und der Teilnahme an internationalen Menschenrechtsforen und anderen

Aktivitäten. Die Inhalte bzw. Ergebnisse der Austausch- und Kooperationsaktivitäten hingegen werden kaum thematisiert. Den krönenden Abschluss bildet die Beschwörung eines „Geistes des Internationalismus und Humanismus“, den die Volksrepublik zuletzt im Rahmen der Tsunami-Katastrophenhilfe in Süd- und Südostasien unter Beweis gestellt habe.

Einen gewissen Kontrapunkt zu dieser Betonung internationaler Dialogbereitschaft bildete die Mitte Mai bekannt gegebene Entscheidung der chinesischen Seite, eine geplante internationale Konferenz zum Thema Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ohne Angabe von Gründen kurzfristig abzusagen. Die Konferenz war in Kooperation zwischen zwei Hochschulen in Beijing und New York konzipiert worden und sollte rund dreißig Teilnehmer aus dem Ausland und China zusammenbringen. Bereits im vergangenen Dezember war eine geplante internationale Konferenz zum Thema der Rechte von Arbeitnehmern kurzerhand abgesagt worden. (www.chinaview.cn, 13.4.05, mit vollem englischen Wortlaut des Weißbuchs; Xinhua, 12., 13.4.05, nach BBC PF, 13., 15.4.05; XNA, 13.4.05; SCMP, 14.4.05; WSJ, 13.4., 17.5.05; IHT, 19.5.05) -hol-

17 Prekäre Pressefreiheit

In den zurückliegenden Wochen häuften sich Repressalien gegen Journalisten und andere Medienvertreter, die auf eine wachsende Nervosität der parteistaatlichen Führung nach den Erfahrungen der anti-japanischen Protestwelle (siehe den Beitrag „Im Fokus“ im vorderen Teil dieses Heftes) und anderer gesellschaftlicher Protest im Inland (siehe die Dokumentation unten) sowie im Vorfeld des Jahrestags der Niederschlagung der studentischen Protestbewegung am 4. Juni 1989 zurückzuführen sind.

Internationale Wellen schlug der Fall Cheng Yizhongs, der im April den Guillermo-Cano-Preis der UNESCO für die Freiheit der Welt-

presse verliehen bekommen hatte. Die Ausreise nach Dakar, wo am 3. Mai, dem Internationalen Tag der Pressefreiheit, die Preisverleihung stattfinden sollte, wurde dem Preisträger jedoch nicht gestattet.

Als früherer Herausgeber der *Nanfang Dushi Bao* (*Southern Metropolis News*) erhielt der 40-jährige Cheng Yizhong die Auszeichnung für die Beiträge seiner Zeitung über die SARS-Epidemie, mit denen er Anfang 2003 wesentlich zur Aufdeckung der Krise beitrug, sowie über den Fall eines jungen Hochschulabsolventen, der 2003 im Polizeigewahrsam in Guangzhou zu Tode gekommen war; Grund für seine Verhaftung war gewesen, dass er seinen Personalausweis nicht bei sich getragen hatte. Gemeinsam mit zwei Kollegen der Zeitung war Cheng im Frühjahr 2004 wegen angeblicher Veruntreuung von Firmengeldern verhaftet worden. Während er selbst nach fünf Monaten auf freien Fuß gesetzt wurde, wurden gegen seine Kollegen, Yu Huafeng und Li Mingyong, Freiheitsstrafen von acht bzw. elf Jahren wegen Korruption verhängt.

In seiner Dankesrede, die in Dakar in seiner Abwesenheit verlesen wurde, beklagte er die Allgegenwart von „Terror und Lügen“, denen chinesische Medienvertreter im eigenen Lande ausgesetzt seien; beispielhaft nannte er die Schicksale von Yu Huafeng, Li Mingyong und anderer Kollegen. Umso wichtiger sei es, in diesem Umfeld einen „gesunden Menschenverstand“ zu bewahren und auf das eigene Gewissen zu hören. Wer die bestehende Situation als Normalität akzeptiere, würde zum Konspirateur der eigenen Unterdrückung.

Ein weiterer Fall ist der des in Hongkong tätigen Korrespondenten der in Singapur erscheinenden *Straits Times*, Ching Cheong, der am 22. April während eines Aufenthalts in der südchinesischen Stadt Guangzhou verhaftet worden ist. Ihm wird vorgeworfen, sich unbefugterweise Zugang zu als geheim klassifizierten Informationen verschafft zu haben. Wie in internationalen Medien-

berichten vermutet wird, war Ching Cheong auf das Festland gereist, um dort ein Manuskript über ein Gespräch von Ex-Premier Zhao Ziyang mit einem alten Vertrauten kurz vor seinem Tod entgegenzunehmen, das er im Ausland veröffentlichen wollte. Angesichts des nahenden Jahrestags des 4. Juni scheint der Sicherheitsapparat besonders darauf bedacht, keine persönlichen Vermächtignisse oder andere politisch relevanten Äußerungen des im Januar d.J. verstorbenen Zhao Ziyang nach außen dringen zu lassen (vgl. C.a., 1/2005, S. 13-16).

Wenige Tage später gab die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua in einer kurzen Meldung bekannt, dass Shi Tao von einem Gericht in Changsha, Hauptstadt der zentralchinesischen Provinz Hunan, wegen „illegaler Weitergabe von Staatsgeheimnissen an Ausländer“ zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Der 37-jährige Journalist war im Frühjahr 2004 für zwei Monate bei einer Wirtschaftszeitung in Changsha angestellt, wo er nach Aussagen des Gerichtes seinen Zugang zu internen Informationen „der höchsten Geheimhaltungsstufe“ missbraucht haben soll, um sie per E-Mail ins Ausland zu versenden und auf international zugänglichen Internetportalen zu platzieren. Um welche Informationen es sich dabei gehandelt hat, wurde von offizieller Seite nicht bekannt gegeben. Recherchen ausländischer Medienexperten legen jedoch nahe, dass es sich um Anweisungen des Propagandaapparats zur Medienarbeit handelte, wie sie regelmäßig als „Do's and Dont's“ der Nachrichtenberichterstattung typischerweise mündlich an Redakteure und Journalisten in ganz China übermittelt werden.

Solche Zensurbestimmungen im Bereich der Nachrichtenberichterstattung als „Staatsgeheimnisse“ der höchsten Geheimhaltungsstufe zu klassifizieren, erscheint in der Logik der Propagandaarbeit insofern als konsequent, als sie ja gerade darauf abzielen, einem „Durchsickern“ unerwünschter Nachrichten an die Öffentlichkeit vorzubeugen.

Zugleich zeigt es aber die zunehmend prekäre Situation der chinesischen Medienpolitik, die nach wie vor versucht, die öffentliche Meinung mit den traditionellen Mitteln der Zensur und Selbstzensur zu kontrollieren. Da mit fortschreitender Kommerzialisierung der Medien die Lücken in diesem Kontrollsystem größer werden und die Anreize zur Nutzung dieser Lücken wachsen, bleibt als Ausweg nur eine Verschärfung der Repressalien, wie sie gegenwärtig erneut eindrücklich zu beobachten ist. (XNA, 30.4.05; SCMP, 9.4., 2.5.05; ST, 31.5.05; WSJ, 30.4., 2., 3.5.05; *Washington Post*, 30.5.05; www.zonaeuropa.com, 1., 8.5.05; *China Brief*, 7.6.05) -hol-

18 Bericht über Repressionen gegen uighurische Muslime

Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch veröffentlichte am 12. April einen alarmierenden Bericht über die religiöse Unterdrückung der uighurischen Minderheit in der westchinesischen Autonomen Region Xinjiang.

In dem Bericht wird das System der Überwachung, der Kontrolle und der Unterdrückung religiöser Aktivitäten der muslimischen Uighuren Xinjiangs scharf kritisiert und der chinesischen Staatsobrigkeit vorgeworfen, als Strafen Haft, Folter und sogar Todesurteile zu verhängen. Weiterhin monierte die Menschenrechtsorganisation, dass die Regierung der VR China die Suppression religiöser und kultureller Aktivitäten friedliebender Muslime unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus betreibt. Hinter diesem Etikett verberge sich zumeist der eigentliche Angriffspunkt: der befürchtete Separatismus. Insbesondere nachdem die US-amerikanische Regierung die „Islamische Bewegung Ostturkestan“ im August 2002 auf ihre Liste der terroristischen Bewegungen gesetzt hatte, gegen die der internationale Kampf gegen den Terrorismus geführt werden solle, hätten sich die Kontrollen über religiöse Aktivitäten, Versammlungen

und künstlerischen Ausdruck verschärft (vgl. C.a., 2002/8, Ü 5). Als Resümee wird die systematische religiöse Repression in Xinjiang als Politik der chinesischen Regierung entlarvt.

Zwar sind die in dem 118 Seiten langen Dokument ausformulierten Kritikpunkte nicht unbekannt (vgl. C.a., 2001/10, Ü 8; 2001/11, Ü 8, 2002/1, Ü 9 usw.), doch wurden sie in dieser Ausführlichkeit bislang noch nicht dargestellt und zugleich belegt. So liegen dem Bericht z.T. unveröffentlichte parteiinterne Bestimmungen und Dokumente der chinesischen Regierung sowie Interviews zu Grunde, die im Anhang des Dokuments aufgeführt wurden.

Wie zu erwarten, verzichtete die parteistaatliche Führung auf eine Reaktion auf die Kritik ihrer Minderheiten- und Menschenrechtspolitik, veröffentlichte aber nur einen Tag später ein Weißbuch zu den Menschenrechten. Darin wurden unter anderem die Fortschritte auf diesem Gebiet offensiv herausgehoben (vgl. Dok oben). Das bereits im Mai 2003 herausgegebene Weißbuch zur Geschichte und Entwicklung Xinjiangs hatte ebenfalls ausführlich die sozioökonomischen Errungenschaften zentralchinesischer Entwicklungspolitik in der Autonomen Region beleuchtet.

Auf den Wahrheitsgehalt des Berichts und der Interviews von Human Rights Watch lässt eine Meldung der Organisation Mitte Mai schließen. Darin wird thematisiert, wie es der Familie der im März aus der Haft entlassenen uighurischen Geschäftsfrau Rebiya Kadeer in der Zwischenzeit ergangen war (vgl. C.a., 2/2005, Dok 20). So wird berichtet, dass der chinesische Sicherheitsdienst die Geschäftsräume von Kadeers Unternehmen, das nun von der Familie weitergeführt wird, in der Hauptstadt Urumuqi durchsuchte und Gewalt gegen einzelne Familienmitglieder anwendete. Bereits vor ihrer Entlassung soll Kadeer ein solches Vorgehen angedroht worden sein, sollte sie sensible Informationen weitergeben und im Ausland Kontakt

mit Uiguren suchen. Dieser Warnung war Kadeer in ihrem Exil in den USA nicht gefolgt. (www.hrw.org, 12.4., 18.5.05; der Bericht von Human Rights Watch findet sich unter: <http://hrw.org/reports/2005/china0405/china0405.pdf>; WSJ, 13.4.05; IHT, 13.4.05; SCMP, 13.5.05; *The Standard*, 9.5.05) -kw-

19 Gewaltsame Proteste gegen Umweltverschmutzung in der Provinz Zhejiang

In einem Dorf der wohlhabenden südostchinesischen Provinz Zhejiang ist es Anfang April zu gewaltsamen Konflikten zwischen Regierungskräften und Dorfbewohnern gekommen, die gegen Folgen gravierender Umweltverschmutzung durch lokale Chemiefabriken protestierten. Die hohe Zahl von rund 30.000 Protestierenden, die Intensität gewaltsamer Ausschreitungen und das spezifische Verlaufsmuster der Eskalation des Konflikts geben dem Vorfall besonderes politisches Gewicht.

Soweit sich die Vorgeschichte und der Verlauf der Ereignisse aus den im Internet und internationalen Medien verfügbaren Berichten rekonstruieren lässt, ging den Protesten im zwei Fahrtstunden südlich der Provinzhauptstadt Hangzhou gelegenen Dorf Wangkantao in der Gemeinde Huashui auf dem Gebiet der Kreisstadt Dongyang, Provinz Zhejiang, ein mindestens vierjähriger lokaler Konflikt voraus. So soll der Bau eines Industrieparks mit 13 Chemiefabriken im Jahr 2001 auf der Grundlage eines Vertrags über den Transfer von 66 Hektar Land zustande gekommen sein, der zwischen dem Dorfkomitee von Wangkantao und den Betreibern der Anlagen ohne öffentliche Bekanntmachung „unter der Hand“ geschlossen worden war. Das Land mehrerer ansässiger Bauern wurde kurzerhand und ohne angemessene Entschädigungszahlungen enteignet. Nach der Inbetriebnahme der Fabriken im Jahr 2002 häuften sich Klagen über gravierende Wasser- und Luftverschmutzung, die von den Dorfbewohnern für massive Gesundheits-

probleme, Fehl- und Todgeburten sowie Missbildungen bei Neugeborenen, aber auch für erhebliche Einbußen in der landwirtschaftlichen Produktion verantwortlich gemacht wurden.

Der Verdacht der Korruption und Kollusion verantwortlicher Dorf-funktionäre mit privaten Geschäftsleuten ebenso wie die Folgen der Umweltverschmutzung hatten bereits wiederholt Anlass für Beschwerden und Petitionen bis hinauf auf nationale Ebene gegeben, die jedoch keinen Erfolg zeigten. Daraufhin entschieden sich Dorfbewohner für lokale Protestaktionen wie die Blockade von Zufahrtsstraßen zu dem Industriepark, um die Lieferung von Ausgangsstoffen für die Produktion der Chemiefabriken zu verhindern; mehrfach sollen dabei Demonstranten verhaftet worden sein. Zu einer Verschärfung des Konflikts kam es Anfang März diesen Jahres, als das Anliegen der Petitionäre durch den Bürgermeister der Stadt Dongyang abschlägig beschieden wurde. Rund 200 ältere Dorfbewohner, in der Mehrzahl Frauen und zu einem Großteil Mitglieder einer lokalen Seniorenvereinigung, errichteten auf einem Gelände in der Nähe des Industrieparks mehrere provisorische Bambusverschlüsse, in denen sie rund um die Uhr ausharrten, um mit geballter physischer Präsenz gegen die Umweltverschmutzer zu protestieren.

Nach mehreren Wochen der stillschweigenden Duldung entschied sich die lokale Führung, die Demonstration durch einen massiven Polizeieinsatz am frühen Morgen des 10. April aufzulösen. Die Zahl der eingesetzten Regierungskräfte schwankte unterschiedlichen Angaben zufolge zwischen 1.000 und 3.000 Personen, darunter neben einer Reihe Angehöriger der bewaffneten Volkspolizei angeblich auch zahlreiche Vertreter anderer Behörden (für Bau, Verkehr, Landnutzung und Frauenfragen), die speziell für diesen Einsatzzweck rekrutiert worden waren. Zur Eskalation kam es, als nach einem zunächst friedlichen Verlauf der Räumakti-

on die Nachricht kursierte, zwei der älteren Demonstrantinnen seien von Räumfahrzeugen erfasst und lebensgefährlich verletzt bzw. getötet worden. In einem Sturm der Entrüstung entbrannte ein mehrstündiger Kampf zwischen den uniformierten Regierungskräften und mehreren Zehntausend – verschiedenen Quellen zufolge zwischen 30.000 und 40.000 – Bewohnern der umliegenden Ortschaften, die durch den Abschuss von Feuerwerkskörpern (als vereinbartes Signal unter den Teilnehmern der Protestbewegung) alarmiert worden waren. In den gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen nach Augenzeugenberichten 128 Verletzte, davon 36 Schwerverletzte, und rund 50 demolierte Fahrzeuge der Regierung verzeichnet wurden, unterlagen die eingesetzten Sicherheitskräfte, die schließlich aus dem Dorf flohen.

Internationalen Medienberichten zufolge war die Dorfbewölkerung daraufhin für einige Tage sich selbst überlassen. Ein aus ihrer Mitte ernanntes Dorfkomitee setzte sich für die Fortsetzung der Proteste ein. In der dritten Aprilwoche jedoch wurde der Anarchie dadurch ein Ende gesetzt, dass von Seiten des Umweltamtes und anderer Behörden der Provinzregierung Zhejiangs Inspektoren entsandt wurden, die den Auftrag hatten, die ökologische Situation vor Ort zu untersuchen und in Kooperation mit der Stadtregierung von Dongyang Schritte zur Beseitigung der Umweltprobleme in die Wege zu leiten. Den Dorfbewohnern wurde zugesagt, die Produktion der Chemiefabriken vorübergehend zu unterbrechen, bis adäquate Maßnahmen zur Wasser- und Luftreinhaltung gefunden seien.

Die lokalen Medien berichteten mit einer mehrtägigen Verzögerung in einem defensiven und vagen Tenor über den „Massengewaltzwischenfall“. Danach sei die Mehrzahl der Protestierenden durch einige wenige Provokateure zu den illegalen Aktivitäten angestiftet worden. Nach entschlossenen Maßnahmen und großen Anstrengungen zahlreicher Behörden der Lokalregierung

würden die erkannten Probleme nun beseitigt. Gegenüber den Demonstranten wolle man, mit Ausnahme der wenigen Provokateure mit umstürzlerischen Motiven, Milde walten lassen. In einem kurz darauf in der nationalen Presse erschienenen Bericht der Xinhua-Nachrichtenagentur war schließlich – offenbar in dem Bemühen um eine Deeskalation des Konflikts – nurmehr die Rede von einem „Umwelt-Streitfall“ in der Gemeinde Huashui der Stadt Dongyang. Dennoch wurde zehn Tage nach dem Ereignis berichtet, dass zahlreiche Demonstranten aus Furcht vor Repressalien das Dorf verlassen hätten.

Die politische Signifikanz der Proteste ergibt sich aus mehreren Besonderheiten der Konfliktodynamik. Zunächst ist zu sehen, dass sich die Proteste neben individuellen Belangen einzelner Bauern (unangemessene Entschädigungszahlungen für enteignetes Land, in den vergangenen Jahren ein häufiger Protestgrund) auch am Gegenstand des Umweltschutzes, mithin einem öffentlichen Gut, entzündeten. In die Forderungen nach individueller Kompensation mischte sich offenbar zunehmend auch das Bewusstsein von „zivilen“ Rechten der Öffentlichkeit in einem weiteren Sinne. Dem entspricht in gewisser Weise die Organisationsstrategie der Protestierenden, die im Unterschied zu der sonst oft betont „spontan“ und „unorganisiert“ inszenierten Protestteilnahme hier dezidiert von Angehörigen einer lokalen Seniorenvereinigung angeleitet bzw. vertreten wurden. Nach internationalen Medienberichten schalteten die Senioren sich gezielt als Organisatoren und Hauptprotagonisten der Proteste ein, um jüngere Dorfbewohner, die in der Vergangenheit aufgrund ihrer aktiven Teilnahme an den Protesten wiederholt Repressalien ausgesetzt worden seien, zu schützen. Offensichtlich setzten die Demonstranten die kulturell hoch bewertete Respektabilität älterer Menschen, die physische Wehrlosigkeit insbesondere der älteren weiblichen Demonstranten sowie die Stilisierung einer gewissen

Märtyrerpose derjenigen, die „nichts mehr zu verlieren haben“, bewusst als taktische Mittel zur Durchsetzung ihres Anliegens ein. Bezeichnend ist schließlich die massive Gewaltbereitschaft, die sich ab dem Überschreiten einer bestimmten Eskalationsschwelle – ausgelöst durch die Nachricht vom angeblichen Tod zweier älterer Frauen – kollektiv und pauschal gegen „die Staatsgewalt“ richtete.

All diese Faktoren trugen dazu bei, dass das bei Protesten in der Regel zu beobachtende Muster eines sorgfältig abgewogenen Quidproquo in den Verhandlungen um partikuläre Forderungen der Protestierenden außer Kraft und stattdessen eine steile Spirale der Gewalteskalation in Gang gesetzt wurde. Für die parteistaatliche Führung in Beijing dürfte der Vorfall ein weiterer Anlass sein, das Risiko einer gesellschaftlich bzw. regional übergreifenden Protestdynamik erneut abzuschätzen und Maßnahmen zu formulieren, um das wachsende explosive Gefälle zwischen gesellschaftlichem „voice“ und der Wahrnehmung politischer Responsivität abzubauen. Fraglich ist allerdings, wie effektiv diese Maßnahmen sein werden, die sich gegenwärtig offenbar auf die Reform des Petitionswesens konzentrieren.

So wurde parallel zum In-Kraft-Treten neuer Regularien zum Petitionswesen am 1. Mai (siehe dazu C.a., 2004/11, Ü 11, 1/2005, Dok 10) in den staatlichen Medien eine Public-Relations-Kampagne zur Verbesserung des Image der Petitionsbehörden gestartet. Zielen die neuen Bestimmungen im Wesentlichen darauf ab, das Aufkommen von Petitionen in der Hauptstadt Beijing zu reduzieren und stattdessen die Verantwortung lokaler Behörden im Umgang mit Petitionären zu erhöhen, so sind landesweit die Vertreter von Petitionsstellen und Polizeidienststellen auf lokaler Ebene angehalten, durch zusätzliche Bürgersprechstunden und Personalkapazitäten in den kommenden Monaten eine möglichst hohe Zahl der anstehenden Petitionsfälle zu bearbeiten und die Petitionäre durch ei-

ne transparente Informationsarbeit über den Stand der Bearbeitung ihrer Fälle auf dem Laufenden zu halten. Wie es in der Natur derartiger Kampagnen liegt, dürfte zwischen Appellen und realisierbaren Zielen eine erhebliche Lücke klaffen, die die Gefahr einer weiter wachsenden Unzufriedenheit der Petitionäre in sich birgt. (www.chinaelections.org, 5., 20.4.05; www.chinadigitaltimes.net, 18., 20.4., 2.5.05; SCMP, 12., 13., 20., 29.4.05; WSJ, 11., 18.4.05; IHT, 14.4.05; XNA, 13.4., 18., 31.5.05) -hol-

20 Maßnahmenkatalog zur Eindämmung weiterer Minenunfälle

War im Februar noch berichtet worden, dass die Zahl der bei Minenunfällen getöteten Bergarbeiter 2004 im Vergleich zum Vorjahr um 6% gesunken war (vgl. C.a., 2/2005, Dok 18), so sollen nach Angaben des Staatlichen Überwachungsamtes im ersten Quartal 2005 bereits 1.113 Bergarbeiter ums Leben gekommen sein. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bedeutet dies einen Zuwachs von knapp 21%. Insgesamt sollen bei Arbeitsunfällen im ersten Quartal 2005 bereits 30.597 Menschen bei 206.970 Unglücken gestorben sein. Als Reaktion auf die häufigen Grubenunfälle in chinesischen Kohleminen in den letzten Monaten gab das Staatliche Überwachungsamt für Produktionssicherheit im April und Mai ein vielschichtiges Maßnahmenprogramm und seine Finanzierung bekannt (vgl. C.a., 2/2005, Dok 18; 2004/11, Ü 16).

- In Übereinkunft mit der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform sind bislang 50,6 Mio. Yuan an Schuldverschreibungen für die Verbesserung der Arbeitssicherheit in Kohleminen vorgesehen. Mit dem Geld soll ein Gasüberwachungs- und Kontrollsystem in 104 Kohleminen eingerichtet werden.
- Für die technische Sanierung der größeren staatseige-

nen Kohlebergwerke wird der Staatsrat 3 Mio. Yuan bereitstellen.

- Insgesamt sollen im Jahr 2005 15 Mio. Yuan für die Verbesserung der Arbeitssicherheit aufgewendet werden.
- Die staatliche Sicherheitsgebühr pro Tonne Kohle wird von derzeit zwei auf zunächst zehn, später bis höchstens 15 Yuan angehoben. Lokalregierungen sollen eine höhere Gebühr verlangen können.
- Alle Kohleminen, die durch mögliche Gasexplosionen gefährdet sind, müssen bis Dezember 2005 mit einem Sicherheitsüberwachungssystem ausgerüstet sein, da ihnen ansonsten die Schließung droht.
- Leitungspersonal von Kohleminen ist angehalten, Kohleminen regelmäßig persönlich zu inspizieren.
- Die Entschädigungszahlung für Opfer in Minenunfällen wird von derzeit 30.000 bis 80.000 Yuan auf 200.000 Yuan verdreifacht.
- Als Maßnahme zur Vertrauensbildung sollen 100.000 Bergarbeiter zur Überwachung der Arbeitssicherheit in Kohlegruben im ganzen Land eingeladen werden.
- In 45 größere Kohleminen wurden bereits Sicherheitsüberwachungsteams entsandt.

Nach Angaben von Li Yizhong, dem neuen Minister des Staatsamts für Überwachung der Produktionssicherheit, wird ebenfalls erwogen, für Kohleminen so genannte Sicherheitsfonds zu schaffen. Ein solches Programm würde Unternehmen verpflichten, vor der Inbetriebnahme eines Kohlebergwerkes eine „Sicherheits“-Kautions bei der Regierung zu hinterlegen.

Neben den staatlichen Bemühungen um die Gewährleistung größerer Arbeitssicherheit in Kohleminen

ging die Regierung im Berichtszeitraum erneut hart gegen Verantwortliche früherer Minenunfälle vor. Der Betreiber und Vorstandsvorsitzende der Mine in Fuxin in der Provinz Liaoning, in der im Februar 2005 214 Bergarbeiter infolge einer Gasexplosion gestorben waren, wurde sowohl seines Parteiamtes als auch seines Amtes als Vorstandsvorsitzender enthoben (vgl. C.a., 2/2005, Dok 18). 31 weitere Verantwortliche für das Unglück, die sich nachweislich des fahrlässigen Verhaltens schuldig gemacht haben, wurden juristischen oder Disziplinarstrafen unterworfen. Liu Guoqing, stellvertretender Provinzgouverneur von Liaoning wurde verurteilt, eine Selbstkritik zu Händen des Staatsrats zu verfassen. (XNA, 9., 10.4., 24., 31.5.05; Xinhua, 11.5.05, nach BBC PF, 12.5.05; WSJ, 4., 6.4.05) -kw-

21 Vorletztes Mitglied der „Viererbande“ gestorben

Mit knapp dreiwöchiger Verspätung gaben die staatlichen Medien in einer knappen Meldung den Tod Zhang Chunqiaos, eines Mitglieds der so genannten „Viererbande“, bekannt. Danach ist Zhang Chunqiao am 21. April im Alter von 88 an einem Krebsleiden gestorben. Bereits in den 1990er Jahren waren im Internet mehrfach Nachrichten über sein Ableben kursiert.

Nach Jiang Qing, die im Jahr 1991 Selbstmord beging, und Wang Hongwen, der 1992 gestorben war, ist damit der dritte Angehörige der „Viererbande“ (bzw. im offiziellen Jargon der „konterrevolutionären Clique um Lin Biao und Jiang Qing“) aus dem Leben geschieden. Als letztes noch lebendes Mitglied dieser Gruppe, die im Oktober 1976 einen Monat nach Mao Zedongs Tod verhaftet und im Gefolge der politischen Aufarbeitung der Jahre 1966-1976 als Hauptschuldige am „zehnjährigen Chaos der Kulturrevolution“ kriminalisiert worden waren, verbleibt damit Yao Wenyuan, der heute in Shanghai leben soll.

Zhang Chunqiao, 1917 in der Provinz Shandong geboren, genoss Mit-

te der 1960er Jahre als Parteisekretär und Leiter der Propagandaabteilung der Stadt Shanghai großen politischen Einfluss, den er als Jiang Qings Vertrauter in den Dienst der 1966 eingeleiteten „Kulturrevolution“ stellte. Er gehörte zu den Gründern der „Shanghaier Kommune“ im Jahr 1967 und stieg 1969 zum Politbüromitglied sowie 1973 zum Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros auf; 1975 wurde er zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt.

Während der Schauprozesse gegen die Mitglieder der „Viererbande“ zeigte sich Zhang Chunqiao verschlossen und ohne Reue. Das im Januar 1981 gegen ihn verhängte Urteil lautete zunächst auf Todesstrafe mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub, wurde im Januar 1983 aber in eine lebenslängliche, im Dezember 1997 dann in eine 18-jährige Haftstrafe verwandelt. Im Januar 1998 wurde Zhang Chunqiao schließlich aus der Haft entlassen, um sich einer medizinischen Behandlung zu unterziehen. Die letzten Jahre soll er gemeinsam mit seiner Frau zurückgezogen in der Nähe Shanghais verbracht haben.

Entgegen der bereits in den frühen 1980er Jahren abgeschlossenen offiziellen parteigeschichtlichen Aufarbeitung ist die Episode der „Kulturrevolution“ gesellschaftlich und politisch bislang keineswegs bewältigt. Vielen Chinesen dürfte durchaus bewusst sein, dass die Brandmarkung der „Viererbande“ als „kriminelle Clique“ und Hauptschuldige an den kulturrevolutionären Grausamkeiten vorrangig dem Zweck einer Ehrenrettung Mao Zedongs diene und zugleich die Voraussetzung dafür schuf, die große Mehrheit involvierter Parteimitglieder zu rehabilitieren (vgl. den Beitrag „Fünzig Jahre Politik der VR China in der offiziellen chinesischen Geschichtsschreibung“, in: C.a., 1999/10, S. 1030-1034). In die offizielle Kriminalisierung der Mitglieder der „Viererbande“ mischt sich daher offenbar ein gewisses Unbehagen derjenigen, die der Kriminalisierung entgangen sind.

Diese Ambivalenz im Umgang mit der kulturrevolutionären Vergangenheit könnte für die verspätete Bekanntgabe der Todesnachricht verantwortlich sein. Ein pragmatischer Grund mag aber auch darin gelegen haben, dass man die Nachricht möglichst „niedrig aufhängen“ wollte, zumal zum Zeitpunkt des Todes der symbolisch bedeutsame Besuch des taiwanesischen Oppositionspolitikers Lien Chan auf dem Festland stattfand (s. dazu den Beitrag „Im Fokus“ in diesem Heft). (XNA, 10.5.05; Zhongguo Tongxun She, 11.5.05, nach BBC PF, 15.5.05; SCMP, 11.5.05; BBC News, 10.5.05; Times online, 11.5.05; Radio Free Asia, 18.5.05) -hol-

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

22 Neuer Rekord bei ausländischen Studierenden

Das Bildungsministerium gab am 20. Mai die neuen Zahlen zu den ausländischen Studierenden in der VR China (*lai hua liuxuesheng*) des Jahres 2004 bekannt. Nach dem Bericht absolvierten 110.844 Ausländer aus 178 verschiedenen Nationen an 420 Universitäten und Hochschulen in ganz China ein Studium. Die Zahl der ausländischen Studenten stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um beachtliche 42,63%.

Dieser deutliche Zuwachs ist nach Angaben des Ministeriums mehreren Einflussfaktoren zuzurechnen. So hätten sich die zunehmenden zwischenstaatlichen Übereinkünfte zur gegenseitigen Anerkennung der Hochschulabschlüsse positiv ausgewirkt. Außerdem würden immer mehr Länder staatliche finanzielle Unterstützung für ein Studium in der VR China bereitstellen. An der Spitze der ausländischen Studierenden stünden seit fünf Jahren Studenten aus Südkorea, so der Bericht. Dies sei auf die intensivierten wirtschaftlichen Kooperationen zurück-

zuführen, die zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten für Absolventen bieten würden. Die rasante wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik sei jedoch auch insgesamt ein Motor für die zunehmende Attraktion als Studienstandort. Ferner hätten seit den negativen Schlagzeilen aufgrund der SARS-Epidemie 2003 nicht nur die Zentralregierung, sondern auch die Lokalregierungen mit verbesserten Lehrangeboten und staatlicher finanzieller Unterstützung verstärkt ausländische Studierende umworben.

In seinem Bericht ging das Bildungsministerium außerdem auf den „Plan zur verstärkten Bildungsförderung in den Jahren 2003 bis 2007“ (*2003-2007 nian jiaoyu zengxing xingdong jihua*) ein. In ihm bündeln sich verschiedene Aktivitäten, um mehr Ausländer für ein Studium in der VR China zu interessieren. Inhaltlich folge der Plan dabei den vier Prinzipien: den Umfang vergrößern (*kuangda guimo*), die administrative Ebene anheben (*tigao cengci*), die Qualität gewährleisten (*baozheng zhiliang*) und die Verwaltung standardisieren (*guifan guanli*), so die Erläuterungen. Dazu würden in einer Pilotphase bereits Unterrichtsprogramme auf Englisch sowie Doktorandenprogramme angeboten. Um die Studienbedingungen für ausländische Studierende zu verbessern, werde von der chinesischen Regierung u.a. eine Krankenversicherung bereitgestellt. Zusätzlich würden Daten und Fakten zu den ausländischen Studierenden gesammelt und veröffentlicht. Das Anwerben weiterer „Kunden“ dürfe auf diese Weise erleichtert werden, sodass auch künftig mit einem Zuwachs an ausländischen Studierenden in der VR China zu rechnen ist. (RMRB website, 24.5.05; www.moe.gov.cn, 20.5.05; Xinhua, 22.5.05)

23 Hintergrundinformationen zu chinesischen Auslandsstudenten

Eine Untersuchung im Auftrag des Hong Kong Trade Development Council (HKTDC) themati-

siert zwar vornehmlich das Exportpotenzial Hongkonger Bildungseinrichtungen, gewährt aber gleichzeitig Einblicke in die Planungen und Beweggründe chinesischer Hochschulabsolventen, ihre Ausbildung im Ausland fortzuführen. Die Umfrage fand Ende 2004 in Beijing, Shanghai, Xi'an, Guangzhou, Shenzhen und Dongguan statt; rund 3.300 Absolventen nahmen daran teil.

Gemäß den Ergebnissen der Untersuchung planen 40% der Befragten, einen Bachelor-, 30% einen Masterabschluss und 23% eine Promotion zu machen. Lediglich 3% sind nur an einzelnen Diplomen interessiert. 14% planen, ihre Ausbildung nach dem chinesischen Abschluss im Ausland fortzusetzen. 12% ziehen diese Lösung in Betracht, sollten sie nicht an der gewünschten Universität im Inland zugelassen werden; 6%, wenn sie keinen Bachelorabschluss im Inland machen können. Basierend auf diesen Zahlen fassen Hochrechnungen zufolge insgesamt 1,25 Mio. Absolventen eine Weiterbildung an einer ausländischen Hochschule ins Auge. 60% der Befragten wiederum streben eine ausländische Hochschulausbildung im Inland an. Werden diese Daten für ganz China hochgerechnet, so kann insgesamt von 1,7 Mio. Absolventen ausgegangen werden, die diesem Modell folgen möchten.

Als Gründe für ein Auslandsstudium wurden angegeben: verbesserte Karrierechancen nach einer Rückkehr nach China (26% der Befragten), persönliche Horizonterweiterung (21%), das Kennenlernen fremder Kulturen (21%) und die Verbesserung der Englischkenntnisse (7%). Für ein Studium an ausländischen Bildungseinrichtungen im Inland sprachen vor allem finanzielle Gründe (38%), die befürchtete Sprachbarriere im Ausland (23%), die Möglichkeit, ein Studium mit dem Beruf verbinden zu können (16%) und für die gleiche Leistung nicht ins Ausland gehen zu müssen (12%).

Zu den bevorzugten Studienrichtungen an den ausländischen Bil-